

Wolfgang Gabbert

Zentralamerikas karibische Dimension

1. Einführung

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der revolutionären sandinistischen Regierung Nicaraguas und den ethnischen Minderheiten der Atlantikregion zu Beginn der 1980er Jahre rückten die karibischen Regionen Zentralamerikas erstmals in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Dieser Konflikt war vor dem Hintergrund des Kampfes gegen antisandinistische bewaffnete Gruppen (*Contra*) zu einem Bürgerkrieg eskaliert, seine Ursachen liegen jedoch tiefer. Sie sind eine Folge der grundlegenden historischen und kulturellen Spaltung zwischen pazifischen und karibischen Landesteilen, die mit Ausnahme El Salvadors, das keinen Zugang zur Karibik besitzt, für alle Staaten Zentralamerikas charakteristisch ist.

Die Gesellschaften Zentralamerikas haben sich vor allem in den pazifischen Küstenebenen und zentralen Hochländern entwickelt. In Panama konzentrierte sich die Entwicklung auf das Gebiet entlang des transisthmischen Verbindungsweges, der späteren Kanalzone. In diesen Regionen lebt der Großteil der Bevölkerung, befinden sich die wichtigsten Wirtschaftszentren, und dort ist die Infrastruktur am stärksten ausgebaut. Die atlantischen Tiefebene sind hingegen nur vergleichsweise dünn bevölkert. Kulturell und historisch stehen diese Gebiete der anglophonen Karibik weitaus näher als den "Hauptgebieten" Zentralamerikas, wo eine stark hispanisierte Mestizenkultur vorherrscht. Für bedeutende Teile der Bevölkerung ist Englisch die Erst- oder Zweitsprache. Im Unterschied zu den katholischen Zentralgebieten ist die protestantische Konfessionszugehörigkeit seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet.

Der schmale Landstreifen entlang der Atlantikküste Zentralamerikas von Belize im Norden bis Panama im Süden ist nicht nur das Siedlungsgebiet verschiedener Gruppen von Tieflandindianern (dabei sind Miskito, Kuna und Guaymi mit jeweils mehreren Zehntausend Mitgliedern die größten), sondern auch die Heimat einer zahlenmäßig bedeutenden afroamerikanischen Bevölkerung. In den Küstenstädten und ländlichen Siedlungen nahe dem Atlantischen Ozean lebten Anfang der 1990er Jahre nach groben Schätzungen etwa 400.000 Afroamerikaner (eigene Berechnungen nach Grimes

2002). Diese Bevölkerungsgruppe setzt sich aus unterschiedlichen Segmenten zusammen. Die 105.000 Garifuna oder Black Carib sind die Nachkommen einer während des 17. und 18. Jahrhunderts auf der Antillen-Insel St. Vincent aus der Vermischung zwischen afrikanischen Sklaven und Indianern entstandenen Gruppierung. Die Black Carib gerieten in gewaltsame Konflikte mit den europäischen Kolonialherren, wurden schließlich besiegt und 1797 von britischen Truppen auf die Insel Roatán vor der honduranischen Nordküste verschleppt. Von dort aus siedelten sie auf das Festland über und leben heute mehrheitlich in den Küstengebieten von Belize, Guatemala und Honduras (Solien González 1988: 13-73). Den größeren Teil der afroamerikanischen Bevölkerung im karibischen Mittelamerika bilden jedoch die Nachfahren schwarzer Sklaven (Creoles), die vor allem während des 18. Jahrhunderts von britischen Siedlern dorthin gebracht worden waren. Zwischen 1850 und etwa 1930 kamen zu dieser Bevölkerungsgruppe westindische Immigranten hinzu, die im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau in Panama (1850-1856) und Costa Rica (1871-1890), interozeanischen Kanalprojekten (Panama-Kanal 1880-1889, 1904-1914) und der Entwicklung von Bananen-Enklaven (1880-1940) auf der Arbeitssuche nach Mittelamerika gelangten. Während die beiden letztgenannten Gruppierungen Varianten eines kreolisierten Englisch (Creole) sprechen, dominieren in der Sprache der Garifuna indianische Elemente.

Im Unterschied zur überwiegend auf dem Land lebenden indigenen Bevölkerung handelt es sich bei den Creoles mehrheitlich um Bewohner der wenigen größeren Siedlungen des karibischen Randsaums (unter anderem Belize-Stadt, Stann Creek, Puerto Barrios, La Ceiba, Tela, Puerto Cortes, Puerto Cabezas, Bluefields, Puerto Limón, Colón).

2. Geschichte

In Mittelamerika beschränkte sich die spanische Kolonialherrschaft faktisch weitgehend auf die pazifischen Küstenebenen und Teile der zentralen Hochländer. Es gelang den Spaniern bis zur Unabhängigkeit der zentralamerikanischen Republiken 1821 nie, die karibischen Tiefländer dauerhaft unter ihre Kontrolle zu bringen. Diese Gebiete boten weder eine zahlenmäßig starke indigene Bevölkerung, deren Arbeitskraft den Aufbau einer kommerziellen Agrarproduktion ermöglicht hätte, noch (damals bekannte) Edelmetallvorkommen. Eroberungsversuche scheiterten am Widerstand der Tieflandindianer.

Im Osten Panamas entstanden bereits ab 1570 kleine befestigte Städte entflohener afrikanischer Sklaven (*cimarrones*). Cimarrones und Kuna in Panama sowie Miskito im heutigen Nicaragua und Honduras verbündeten sich zwischen der Mitte des 16. und der Mitte des 18. Jahrhunderts mit Piraten, welche in dieser Zeit die karibische See unsicher machten und immer wieder auch spanische Siedlungen auf dem mittelamerikanischen Festland angriffen. Ab den 1630er Jahren wurde der spanische Herrschaftsanspruch zudem von Gruppen vor allem britischer Holzfäller und Siedler in Frage gestellt, die sich an der honduranischen Nordküste sowie auf den vorgelagerten Bay Islands, in Ost-Nicaragua und im Gebiet des heutigen Belize festsetzten (Floyd 1967: 10, 17-37, 55-61; Sandner 1985: 71f., 89-97, 112-117).

Der Friedensvertrag von Versailles (1783) und das Zusatzabkommen von London (1786) zwischen England und Spanien hatten die (formale) spanische Souveränität über das Gebiet des heutigen Belize nicht angetastet, jedoch das britische Recht zur Holzausbeutung anerkannt (Bolland 1977: 30-32; Sandner 1985: 115, 158). Die spanische Präsenz an der Karibikküste blieb bis zum Ende der Kolonialzeit und für die ersten Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit auf wenige Häfen begrenzt (Santo Tomás de Castilla und Izabal im heutigen Guatemala, Trujillo in Honduras, Portobello in Panama).¹

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewannen die atlantischen Küstenregionen für Guatemala, Honduras, Nicaragua und Costa Rica ökonomisch an Bedeutung. Der Aufbau einer unter anderem auf dem Kaffeeanbau basierenden Agrarexport-Wirtschaft ließ den Ausbau von Häfen an den Karibikküsten, die den Abnehmermärkten in Europa und Nordamerika näher lagen als die bestehenden Pazifikhäfen, notwendig erscheinen. Darüber hinaus galt es, Verbindungen zwischen den wichtigsten Siedlungs- und Produktionsgebieten an der pazifischen Seite bzw. im zentralen Hochland und den neuen Ausfuhrhäfen herzustellen. Da die mittelamerikanischen Länder nicht in der Lage waren, die immensen Summen für den Aufbau von Straßen- und Eisenbahnverbindungen allein aufzubringen, griffen sie auf ausländisches Kapital zurück. Als Ausgleich für die aufgenommenen Schulden wurden in der Regel große Landflächen an vor allem nordamerikanische Unternehmen vergeben. So erhielt beispielsweise der mit dem Eisenbahnbau in Costa Rica beauftragte Nordamerikaner Minor Cooper Keith nicht nur die Rechte über die Verwaltung der Eisenbahnlinie sowie der Mole in Puerto Limón, sondern zusätzlich Landtitel über 333.333 Hektar Land. Die Land-

1 Spanien verlor das 1526 gegründete Trujillo im heutigen Honduras 1643 an die Engländer. Der Hafen wurde erst 1779 zurückerobert (Sandner 1985: 91).

konzessionen von Keith wurden zum Herzstück der Bananenplantagen der United Fruit Co. (UFCO) in Costa Rica, die seit ihrer Gründung 1899 neben ihren wichtigsten Konkurrenten (der Cuyamel Fruit Co. und der Standard Fruit Co.) die Produktion und Kommerzialisierung der Bananen in Zentralamerika und der Karibik dominierte. In Guatemala begann die UFCO den Bananenanbau auf Ländereien der Eisenbahngesellschaft International Railways of Central America (Kepner 1967: 35-38, 52, 55, 71f.).

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die karibischen Tieflandgebiete Zentralamerikas so zu Enklaven, in denen nordamerikanische Großunternehmen Bananenplantagen betrieben und Holz und Erze ausbeuteten. Diese Unternehmen kontrollierten jedoch nicht nur die Wirtschaft, sondern nahezu alle Lebensbereiche der Region. Sie unterhielten eigene Schulen und Krankenhäuser, errichteten Infrastruktur (soweit sie für ihre Zwecke notwendig war) und verfügten sogar über eigene "Ordnungskräfte" (Kepner 1967: 88, 105; Olien 1977: 139-141; Conniff 1983: 3; Sandner 1985: 173-178, 182-186; Gabbert 1992: 168-178, 202; Moberg 1997: 18-34).

Die Entwicklung von Enklavenwirtschaften verhinderte eine stärkere Integration der atlantischen Tiefebene in die Ökonomien der zentralamerikanischen Staaten. Auch die faktische Präsenz nationaler Institutionen blieb schwach. Zugleich verstärkte die Dominanz der nordamerikanischen Kapitalgesellschaften die kulturelle Besonderheit der Region, da der Arbeitskräftebedarf zunächst zum großen Teil mit Afroamerikanern von den karibischen Inseln gedeckt wurde (Thomas-Hope 1978; Newton 1984: 21-45, 91-93; Sandner 1985: 177; Gabbert 1992: 183, 220). Zwischen 1881 und 1921 migrierten allein aus Jamaica annähernd 88.000 Afroamerikaner in die atlantischen Küstengebiete Zentralamerikas (Roberts 1957: 132-140). Die westindischen Zuwanderer stärkten das in der Region bereits vorhandene afroamerikanische Element. Als Arbeitsmigranten waren sie meist auf eine Rückkehr in ihre Heimatländer orientiert. Kulturelle Eigenarten wie die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen protestantischen Kirchen oder das kreolisierte Englisch wurden beibehalten (Kepner 1967: 158; Olien 1977: 140-143; Gabbert 1992: 179-183; Herranz 1996: 212-214).

Die prägende Rolle der nordamerikanischen Kapitalgesellschaften und der karibischen Volkskultur begann sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich abzuschwächen. Die Bananenproduktion war in weiten Teilen der Karibikregion – unter anderem infolge der Ausbreitung von Pflanzenkrankheiten – in eine Krise geraten, und die nationalen Regierungen suchten im Zuge einer binnenorientierten Entwicklung (*desarrollismo*) eine stärkere

Beteiligung an der Inwertsetzung der dortigen Ressourcen zu erreichen. Während die Zuwanderung von Afroamerikanern endete, wurden die atlantischen Tiefebene verstärkt zum Ziel der Binnenwanderung verarmter Kleinbauern aus den pazifischen und zentralen Teilen der zentralamerikanischen Länder (siehe unten). Zugleich schwächten sich auch die oft engen Beziehungen zwischen den afroamerikanischen Siedlungszentren der Atlantikküste ab (Jones/Glean 1971: 53-55; Gabbert 1992: 252-259, 278; 1999: 167-170; Adams 1993: 227-229; Herranz 1996: 234-237).

Trotz einer allmählich zunehmenden Präsenz nationalstaatlicher Institutionen, des Baus einiger Straßenverbindungen zu den zentralen Landesteilen und der Durchführung einer Reihe von Entwicklungsprogrammen in verschiedenen Ländern blieben weite Teile des karibischen Randsaums Zentralamerikas mehr oder weniger isolierte, ökonomisch abhängige und politisch weitgehend ignorierte Regionen.

Beispielsweise zielte die staatliche Entwicklungspolitik Costa Ricas für die Provinz Limón seit der Mitte der 1950er Jahre darauf ab, eine regionale Produktionsstruktur aufzubauen, die vor allem auf der wiederaufgenommenen Bananenproduktion und der Errichtung einer modernen Infrastruktur zum Transport der Früchte beruhte. Trotz erheblicher öffentlicher Investitionen fühlte sich jedoch ein beträchtlicher Teil der Lokalbevölkerung weiterhin benachteiligt, da die Entwicklungsmaßnahmen die Bedürfnisse und Eigenheiten der Region kaum berücksichtigten (Murillo Chaverri 1988: 100-103).

Ein zentrales Problem Limóns ist bis heute die Arbeitslosigkeit.² Gerade in diesem Problemfeld haben die staatlichen Investitionen bislang kaum Verbesserungen gebracht. Für viele der Großprojekte und Institutionen wurden Arbeitskräfte (insbesondere auch für Führungspositionen) aus dem zentralen Hochtal rekrutiert. Schulungsmaßnahmen wurden in der Regel ausschließlich in Spanisch durchgeführt und trugen damit den besonderen Problemen der Zweisprachigkeit der afroamerikanischen Bevölkerung ebenso wenig Rechnung wie das öffentliche Bildungssystem. So haben indianische und afroamerikanische Kinder immer noch Schulprobleme aufgrund einer mangelnden Beherrschung der Unterrichtssprache Spanisch. Einrichtungen höherer Bildung sind mangelhaft ausgestattet und im Vergleich zu Universitäten in anderen Regionen finanziell benachteiligt. Damit ist aber für die Bevölkerung der Region der Zugang zum wichtigsten Weg sozialer Mobili-

2 Nach Angaben von AID-JAPDEVA (1982: 15) wies z.B. Puerto Limón 1981 mit 27% eine dreimal so hohe Arbeitslosenrate auf wie der Durchschnitt des Landes.

tät erschwert (Olien 1977: 151; Carvajal/Driori 1987: 49, 63; Murillo Chaverri 1988: 104f.; *La Nación*, 15.2.1997). Die Modernisierung der Hafenanlagen und die Umstellung auf Containerbetrieb haben die Zahl der Ladearbeiter erheblich reduziert und damit einen Bereich tangiert, der seit langem ein zentrales Beschäftigungsfeld der Afroamerikaner ist. Insgesamt haben sich die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen in erster Linie an nationalen Interessen orientiert. Die Entscheidungszentralen der in der Region tätigen Unternehmen befinden sich im zentralen Hochland. Erwirtschaftete Gewinne werden kaum in der Region reinvestiert (AID-JAPDEVA 1982: 13-15, 85-87; Gabbert 1999: 170f.).

Vergleichbare Entwicklungen lassen sich auch in den anderen Staaten Zentralamerikas feststellen. So vollzog selbst die sandinistische Führung in Nicaragua nach dem Sturz der Somoza-Diktatur 1979 keinen radikalen Bruch mit der bisherigen Politik für die Atlantikküste. Vor allem während der ersten Jahre nach ihrer Machtübernahme blieb die Entwicklungsstrategie im Wesentlichen auf den Aufbau einiger Großprojekte orientiert. Da vor Ort trotz verbreiteter Arbeitslosigkeit häufig nicht hinreichend qualifiziertes Personal vorhanden war, mussten für diese Vorhaben Arbeitskräfte aus den westlichen Landesteilen eingeführt werden. Ein großer Teil der Produktion der Atlantikküste wurde von Unternehmen mit Sitz in Managua kontrolliert. Dorthin flossen auch, soweit sie erwirtschaftet werden konnten, die Überschüsse (Gabbert 1992: 324-326).

Angesichts chronisch leerer Staatskassen und entsprechend der von IWF und Weltbank propagierten exportorientierten Entwicklungskonzeptionen, haben die zentralamerikanischen Staaten seit dem Beginn der 1980er Jahre ihr Engagement in vielen Teilen des karibischen Tieflands erneut reduziert. Agrarkolonisation, die Ausbeutung der Naturressourcen und die Ansiedlung meist transnationaler Großprojekte werden seitdem als die günstigste Form der Inwertsetzung der Randgebiete betrachtet.³ Auch Belize folgte dem allgemeinen Trend, und es entstanden zahlreiche Betriebe im Besitz ausländischer Investoren (Zitrus- und Bananenplantagen, Bekleidungsindustrie), die nur gering entlohnte Arbeitskräfte – in der Regel Einwanderer aus anderen zentralamerikanischen Staaten – beschäftigten (Moberg 1997: 93, 166f.). 1995 verkaufte die Regierung Belizes Rechte für die Mahagoni-Ausbeutung in der Columbia Forest Reserve, einem für die Biodiversität in Zentralameri-

3 Vgl. z.B. Altenburg (1988: 247f., 254) für Panama sowie Carvajal/Driori (1987: 52f., 61) und Hill (1994: 364) für Costa Rica.

ka äußerst wichtigen Gebiet und Siedlungsraum von Maya-Sprechern, an eine Firma aus Malaysia (Sutherland 1998: 86).

Mit der Wahlniederlage der Sandinisten gegen ein von Violeta Chamorro geführtes bürgerliches Oppositionsbündnis (*Unión Nacional Opositora*, UNO) 1990 glich sich auch in Nicaragua die Wirtschaftspolitik jener der Nachbarstaaten an. So gewährte die nicaraguanische Regierung zumeist ausländischen Unternehmen nicht nur verschiedene Konzessionen zur Ausbeutung von Erzen und Fischbeständen, sondern 1993 bzw. 1996 auch die Rechte der Holzausbeutung für ein Gebiet von 106.000 Hektar, das zum größten Teil von der Sumo-Gemeinde Awas Tingni beansprucht wird (Anaya 2000; Buvollen/Große 1994: 136; González Pérez 1997: 354f., 358f., 387).⁴

Angesichts der fehlenden Arbeitsmöglichkeiten vor Ort hat seit den siebziger Jahren die Emigration aus den Atlantikregionen in die zentralen Landesteile oder die USA stark zugenommen. In zahlreichen Haushalten der Region spielen Geldüberweisungen der Migranten inzwischen eine wichtige Rolle bei der Sicherung des Überlebens. So wird beispielsweise geschätzt, dass etwa die Hälfte der Bewohner der südlichen Atlantikregion Nicaraguas Verwandte in den USA haben (*Barricada Internacional*, 8.9.1990: 19).

In vielen Orten der Karibikküste haben sich der Konsum und der Handel mit Drogen zu einem ernststen Problem entwickelt. Die Region liegt an den Vertriebswegen der kolumbianischen Drogenproduktion in die USA und nach Europa und die Drogenhändler haben begonnen, in verschiedenen Küstenorten Zwischenlager einzurichten (*La Nación*, 28.8. 1997; Moberg 1997: 88).

Wiederholt regte sich in den letzten Jahren auch Widerstand gegen die zentralstaatliche Politik für die Atlantikregionen. Die spektakulärsten Formen der Resistenz waren sicherlich die Aktionen der Miskito-Guerilla gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas Anfang der 1980er Jahre. Doch auch in der Provinz Limón, Costa Rica, kam es 1975, 1979, 1981 und 1996 zu ausgedehnten Streik- und Protestbewegungen. Bei Auseinandersetzungen mit Nationalgarde bzw. Polizei gab es zahlreiche Verletzte und einige Tote (Gabbert 1999: 171).

4 Eine der Konzessionen wurde nach erheblichen Protesten 1998 annulliert.

3. Agrarkolonisation, Waldzerstörung und Landkonflikte

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts bewirkte die Ausweitung der Exportlandwirtschaft in den westlichen Teilen der zentralamerikanischen Staaten grundlegende Veränderungen im ländlichen Sektor des karibischen Randsaums. Die Entwicklung des Baumwollanbaus für den Export seit den 1950er Jahren, insbesondere in Nicaragua, und die Ausweitung der Viehzucht seit den 1960er Jahren führten zu einer massiven Verdrängung vor allem Nahrungsmittel anbauender Kleinbauern von ihren Parzellen. Dadurch wurde ein zunächst spontaner, dann zum Teil auch staatlich gelenkter Migrationsprozess dieser ländlichen Bevölkerung in Richtung der karibischen Landesteile ausgelöst.

Die Zentralregierungen betrachten die Atlantikregion bis heute weitgehend als "freien Raum", den die verdrängten Kleinbauern kolonisieren und nutzbar machen können. So wird die Regenwaldkolonisation beispielsweise in Panama als "Eroberung des Atlantik und des Darién" gefeiert. Kolonisation ist zum Ersatz für eine tiefgreifende Agrarreform geworden. Neben der Kolonisation durch verarmte Kleinbauern wird die mestizische Siedlungsgrenze jedoch auch durch die Anlage großer Viehzuchtbetriebe vorgeschoben (Sandner 1985: 210f., 218, 223f., 231, 312f.; Gabbert 1985: 98-105; Altenburg 1988: 238, 242-242; Hill 1994: 364; Wali 1995).

Die Agrarkolonisation ist durch den Bau von Straßenverbindungen in den karibischen Randsaum begünstigt worden. So wurden beispielsweise Mitte der 1970er Jahre in Nicaragua eine Allwetterstraße zwischen Managua und Rama gebaut, 1984 in Panama eine Ölpipeline und eine transisthmische Straße zwischen Puerto Armueñas am Pazifik und Chiriquí Grande am Atlantik errichtet und 1987 in Costa Rica die Straße San José-Guapiles-Limón fertiggestellt (Murillo Chaverri 1988: 99; Altenburg 1988: 248-251). In Panama soll die im Darién klaffende, 108 km breite Lücke in der Carretera Panamericana geschlossen werden. Aufgrund von Sicherheitserwägungen und der lokalen Biodiversität stößt der Vorschlag jedoch auf Widerstand (*Business News Americas*, 29.11.2004).

Die Geschwindigkeit und der Umfang des Kolonisierungsprozesses lassen sich durch die folgenden Angaben zur Entwicklung in Nicaragua verdeutlichen. Der Viehbestand in der dortigen Atlantikregion (damals Departamento Zelaya) steigerte sich zwischen 1963 und 1975 um nicht weniger als 466%, während er landesweit lediglich um 76% zunahm. Die Einwohnerzahl der Atlantikküste hat sich von 1963 bis 1981 nahezu verdreifacht (1963: 105.000; 1974: 184.998; 1981: 282.081). Der Anteil der Einwohner der At-

lantikregion an der Gesamtbevölkerung Nicaraguas steigerte sich von 6,8% (1963) auf 8,9% (1974) und 10,0% (1981) (Gabbert 1992: 258f.).

Als Folge des Vordringens mestizischer Siedler und Viehzüchter und der Ausweitung des Holzschlags sind in Zentralamerika während der vergangenen Jahrzehnte große Waldflächen zerstört worden (siehe dazu den Beitrag von Ralf Wyrwinski in diesem Band).

In Nicaragua hat sich das Vordringen der Agrargrenze nach einer kurzfristigen Verlangsamung während des Bürgerkrieges erneut beschleunigt. Zudem siedelte die Regierung Chamorro ehemalige Kämpfer der antisandinistischen *Contra* in Gebieten an, die von indigenen Gemeinden der Atlantikregion beansprucht werden (González Pérez 1997: 373). Mitte der 1990er Jahre verfügten noch mehr als die Hälfte der indigenen Gemeinden nicht über Landtitel (González Pérez 1997: 373).

Zum Schutz der indigenen Bevölkerung wurde in Panama bereits in den 1950er Jahren ein Teil des Siedlungsgebietes der Guaymie zum Reservat (ohne interne Autonomie) erklärt. Auch in Costa Rica richtete die Regierung 1976 Indianerreservate ein. Das Indianergesetz erklärte die heute 22 Reservate mit 320.000 Hektar zum exklusiven und unveräußerlichen Eigentum der indigenen Gemeinden. Zum Ankauf des Reservatsgebietes von etwaigen nichtindianischen Besitzern wurde ein besonderer Fonds eingerichtet. Tatsächlich waren die zur Verfügung gestellten Mittel jedoch unzureichend, so dass sich Mitte der 1990er Jahre immer noch 40% des als Reservatsgebiet ausgewiesenen Landes im Besitz von Nicht-Indianern befand (Chacón, Cajiao und Guevara 1999). Darüber hinaus hatte die Einrichtung von Reservaten weder in Panama noch in Costa Rica einen wirksamen Schutz des Landes vor illegaler Landnahme durch Viehzüchter oder mestizische Kleinbauern zur Folge (Altenburg 1988: 244-247; Murillo Chaverri 1988: 104). Selbst der Landbesitz der Kuna in der Comarca de San Blas (Kuna Yala), einer Region, die seit langem über interne Autonomie verfügt (siehe unten), ist durch Kolonisierung bedroht. Mitte der 1990er Jahre hat die Regierung Panamas Bergbaukonzessionen vergeben, die drei Viertel des Gebietes der Comarca betreffen (Howe 1998: 299). Die Sicherung der Landrechte ist damit bis heute ein zentrales Problem der Tieflandindianer geblieben.

4. Dezentralisierung, Autonomie und Eigenstaatlichkeit

Angesichts der strukturellen Zweiteilung Mittelamerikas stellt sich für die zentralamerikanischen Republiken das Problem der nationalstaatlichen Integration hinsichtlich der atlantischen Landesteile als besonders schwerwie-

gend dar. Die politischen Formen, in denen sich das Spannungsverhältnis von Nation und Region (bzw. hispanoamerikanischer Bevölkerungsmehrheit und afroamerikanischen und indianischen Einwohnern der atlantischen Gebiete) jeweils gestaltet, sind dabei unterschiedlich: Es können sich zwei selbstständige Staaten gegenüberstehen (Guatemala – Belize), die Region kann über eine Form von Autonomie verfügen (wie die Comarca de San Blas in Panama oder die Atlantikregion Nicaraguas) oder zumindest formal ein integraler Bestandteil des betreffenden “Mutterstaates” sein (wie die Provinzen Cabo Gracias a Dios in Honduras oder Limón in Costa Rica).

Die indianische Bevölkerung und die Afroamerikaner im karibischen Mittelamerika sind seit langem mit den “Integrationsbestrebungen” der jeweiligen Staaten konfrontiert und unterliegen dabei einem Anpassungsdruck an die katholischen, hispanoamerikanischen Nationalgesellschaften. Die Bewohner der karibischen Landesteile stehen dabei vor dem Problem, dass die Staaten Mittelamerikas zwar die nationale Integration propagieren, die Einbindung gerade der karibischen Landesteile aber zum Teil nur formal geblieben ist oder von den Regionalbevölkerungen häufig als negativ erfahren wurde.

Im Falle Belizes steht sogar die Eigenstaatlichkeit zur Debatte. Das Gebiet war 1862 gegen die Proteste Guatemalas formell zur britischen Kolonie British Honduras erklärt und erst 1981 in die Unabhängigkeit entlassen worden. Guatemala beansprucht Belize jedoch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als Teil seines nationalen Territoriums. Dieser Anspruch wurde verstärkt seit den 1950er und 1960er Jahren erhoben. 1972 und 1975 drohte die guatemaltekische Regierung sogar mit einer Invasion, was zur Entsendung britischer Truppen führte. Noch heute beansprucht Guatemala mehr als die Hälfte des Territoriums von Belize und hat 2003 einen Lösungsvorschlag der OAS zurückgewiesen, der in beiden Ländern Volksabstimmungen über die weitgehende Beibehaltung des gegenwärtigen Grenzverlaufs sowie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen im strittigen Gebiet vorsah. 2005 wurden Verhandlungen zwischen beiden Regierungen unter Vermittlung des Generalsekretärs der OAS aufgenommen. Die überaus schwierigen Gespräche dauern an.

Integrationsrhetorik und Hispanisierungsdruck der zentralamerikanischen Staaten stehen bislang häufig in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit. Indianer und Afroamerikaner sind seit der Kolonialzeit ständig mit Ethnozentrismus und Rassismus von Seiten großer Teile der Nationalgesellschaften konfrontiert worden. Andererseits halten sich viele Afroamerikaner als

ehemalige Angehörige des britischen Empire bis heute für zivilisierter als die spanischsprachigen Mestizen (Gabbert 1992: 159-163, 205-213; Moberg 1997: 86-88). Tatsächlich ist der Bildungsstand vieler Afroamerikaner in den größeren Orten der Atlantikküste weit höher als jener der Masse von mestizischen Kleinbauern, die seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in den karibischen Randsaum vordringen.

Autonomiebestrebungen der Atlantikregion wurden von den nationalen Regierungen auch deshalb in der Regel als Bedrohung der staatlichen Einheit betrachtet, weil sie häufig in die Machtpolitik äußerer Mächte eingebunden waren. So regten beispielsweise 1778 britische Unterhändler die Kuna im nördlichen Darién zu einem Aufstand gegen die Spanier an, der erst 1787 niedergeschlagen werden konnte (Sandner 1985: 117). Mitte des 19. Jahrhunderts beanspruchte der "Miskito-König" mit britischer Unterstützung einen großen Teil des östlichen Zentralamerika von Black River im heutigen Honduras bis Bocas del Toro in Panama (Sandner 1985: 293; Oertzen 1987: 52-55).⁵ Im Februar 1925 kam es in Panama zu einem Aufstand der Kuna unter der Führung des ehemaligen Geschäftsträgers der US-Botschaft in Panama, Richard Marsh, und zur Ausrufung der "Republik Tule" auf der Insel Aligandí. Gleichzeitig erging eine Bitte an die USA, den neuen "Staat" als Protektorat zu übernehmen. Dies erfolgte jedoch nicht. Der Aufstand brach nach kurzer Zeit zusammen, und die US-Regierung vermittelte ein Friedensabkommen (Sandner 1985: 186; Howe 1998). Schließlich konnte auch der Konflikt zwischen Miskito und Sandinisten in der ersten Hälfte der 1980er Jahre nur deshalb zu einem offenen Bürgerkrieg eskalieren, weil die aufständischen Miskito von den USA unterstützt wurden.

Ein Ergebnis des Aufstandes der Kuna war, dass sie ihre interne Autonomie weitgehend bewahren konnten. Dies wurde 1938 mit der Schaffung der Comarca de San Blas auch vom panamaischen Staat anerkannt. Neben der Erfahrung der Comarca de San Blas stellt der Mitte der 1980er Jahre eingeleitete Autonomieprozess für die Atlantikregion Nicaraguas den bislang weitgehendsten Versuch dar, den kulturellen und historischen Besonderhei-

5 Ein "Königtum" im Sinne einer politischen Zentralgewalt war den an der Atlantikküste lebenden indianischen Gruppen fremd (Gabbert 1990). Es handelte sich vielmehr um ein Konstrukt, das unter anderem von lokalen Händlern, Landspekulanten und Unternehmern aus Belize aufrecht erhalten wurde. Diese Interessengruppe erreichte, dass das "Königreich Mosquitia" 1844 zum britischen Protektorat erklärt wurde (Gabbert 1992: 74-78, 88-92).

ten der Einwohner des karibischen Randsaums Zentralamerikas unter Beibehaltung der staatlichen Einheit Rechnung zu tragen.

4.1 Exkurs: Der Autonomieprozess in Nicaragua

Das historische Erbe einer konfliktreichen Geschichte der Beziehungen zwischen pazifischen und atlantischen Landesteilen, die Unfähigkeit der Sandinisten, in Autonomieforderungen etwas anderes als verkappten Separatismus zu sehen, und schließlich der Kampf gegen die US-gestützten Konterrevolutionäre führten an der Atlantikküste zwischen 1981 und 1985 zu einem Krieg, der zahlreiche Opfer forderte (Gabbert 1992: 290-330; Vilas 1992: 209-300; Hale 1994: 141-165).

Die sandinistische Regierung suchte deshalb, den militärischen Konflikt wieder in politische Bahnen zu lenken, verkündete seit 1983 mehrere Amnestien für indianische Guerillakämpfer und verhandelte mehrfach mit Vertretern militanter Indianerorganisationen. In diesem Zusammenhang entwickelte sie ein Projekt regionaler Selbstverwaltung, das die Forderungen der ethnischen Gruppierungen aufnehmen sollte. Nach einer mehrjährigen Diskussionsphase wurde schließlich am 2.9.1987 von der Nationalversammlung in Nicaragua ein "Autonomiestatut" für die Atlantikregion verabschiedet, das sich als Projekt weitgehender administrativer Dezentralisierung charakterisieren lässt. Das Statut sah unter anderem die Schaffung zweier autonomer Regionen (*Región Autónoma Atlántico Norte*, RAAN und *Región Autónoma Atlántico Sur*, RAAS) mit jeweils eigenen Regionalversammlungen (*Consejos Regionales de Autonomía*, CRA) vor, welche dann die notwendigen Ausführungsbestimmungen erarbeiten sollten.

Die Regionalversammlungen entstanden jedoch erst im Gefolge der allgemeinen Wahlen von 1990. Erst drei Jahre später, im Juli 1993, legten sie Entwürfe für die Ausführungsbestimmungen des Autonomiegesetzes vor.⁶ Die neue bürgerliche Regierung zeigte jedoch von Anfang an wenig Neigung, die im Autonomiestatut festgeschriebene Verteilung von Kompetenzen zwischen Zentral- und Regionalregierungen zu akzeptieren.⁷ Sie zog es vor, direkte Beziehungen mit den Gemeinden der Atlantikküste herzustellen.

6 Zum Autonomieprozess insgesamt vgl. ausführlich Meschkat (1987), Buvollen/Große (1994) sowie González Pérez (1997: 245-455).

7 Dem bürgerlichen Regierungsbündnis *Unión Nacional Opositora* (UNO) angehörende Kreise brachten 1991 sogar einen Vorschlag zur Verfassungsreform ein, der die Streichung von Artikel 8 vorsah, welcher Nicaragua als multiethnische Nation definiert (González Pérez 1997: 368).

So schuf die Regierung Chamorro als eine ihrer ersten Amtshandlungen ein Ministerium (*Instituto de Desarrollo de las Regiones Autónomas*, INDERA), das unter anderem externe Hilfsleistungen für die Gemeinden der Atlantikregion kanalisieren und die Entwicklungsprogramme der Zentralregierung für die Region verwalten sollte (González Pérez 1997: 357). Dies war ein klarer Verstoß gegen das Autonomiestatut.⁸ Darüber hinaus weigert sich die Regierung bis heute, Ausführungsbestimmungen für das Autonomiestatut zu verabschieden (González Pérez 1997: 361f.).

Umstritten bleiben auch die Anerkennung der kommunalen Landrechte der indigenen Gemeinden und die Aufteilung der Erträge aus der Ausbeutung der Naturressourcen, die sich bislang zum größten Teil die Zentralregierung aneignet. Die Regionalversammlungen wurden von Maßnahmen der Zentralregierung häufig nicht einmal informiert, und Konzessionen zur Ausbeutung von Naturreichtümern wurden ohne deren Mitsprache vergeben (Buvollen/Große 1994: 136; González Pérez 1997: 360-362, 367, 375f., 386, 421).

Andererseits ist es den CRA bislang nicht gelungen, sich als wirksame Interessenvertretungen der Regionen zu konstituieren. Sie waren kaum zur Kompromissfindung fähig. Ihr Funktionieren wurde nicht nur durch die Auseinandersetzung zwischen den zur Regierungskoalition UNO gehörenden Abgeordneten und den Sandinisten, sondern zudem durch Konflikte innerhalb der einzelnen politischen Strömungen (insbesondere zwischen verschiedenen Fraktionen der Miskito-Organisation YATAMA) in Frage gestellt (González Pérez 1997: 355f., 364-372, 376f.). So zeigt die Enthaltung bei Gemeindewahlen 2004⁹ eine wachsende Enttäuschung der Bevölkerung über den bisherigen Verlauf des Autonomieprozesses.

5. Demographische Veränderungen

Zwei Prozesse haben die Bevölkerungsstruktur der Atlantikregionen in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert: 1.) Die Zuwanderung verarmter Kleinbauern aus den westlichen Teilen Zentralamerikas seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. 2.) Die Emigration von Bewohnern der Atlantikküste vor allem in die USA seit dem Ende der 1970er Jahre. Dies betraf in erster Linie Afroamerikaner, die aufgrund ihres im Durchschnitt höheren Bildungsstan-

8 1993 verlor INDERA den Rang als Ministerium und ist seitdem Teil des Sozialministeriums (*Ministerio de Acción Social*, MAS).

9 42,1% in der RAAN, 59,0% in der RAAS gegenüber 25,5 bzw. 26,6% 1994 (*Consejo Supremo Electoral*, zit. in Grigsby 2004; Wani 1998: 20).

des und der englischen Sprachkenntnisse an den Zielorten erheblich bessere Chancen haben als die Tieflandindianer. So wird geschätzt, dass bereits 1985 zwischen 75.000 und 100.000 Garifuna und etwa 60.000 bis 70.000 Emigranten aus Belize, in ihrer Mehrheit Creoles, in den USA lebten (Solien González 1988: 176-180; Murillo Chaverri 1988: 10; Gabbert 1992: 327f.; Herranz 1997: 211f.; Woods/Perry/Steagall 1997: 71, 75-77; Moberg 1997: 85, 167; Sutherland 1998: 84; Lizcano Fernández 2000: 176).¹⁰ Infolge dieser beiden Prozesse sind Tieflandindianer und Afroamerikaner in weiten Teilen der Atlantikregionen zu Minderheiten geworden, und die Einwohnerschaft besteht heute mehrheitlich aus Mestizen.

Allerdings konzentrieren sich die Mestizen vor allem in den ländlichen Gebieten entlang der Agrargrenze (Murillo Chaverri 1988: 99, 101; Gabbert 1992: 316-318; Woods/Perry/Steagall 1997: 73, 77-81). Deshalb bilden indigene oder afroamerikanische Gruppen in Teilen des karibischen Randsaums weiterhin die Mehrheitsbevölkerung. Partiell existieren sogar immer noch ethnisch weitgehend homogene Gebiete.

Die massive mestizische Zuwanderung wird von Creoles insbesondere in Belize als Bedrohung der nationalen Identität wahrgenommen. Die Nachkommen der freien Schwarzen und afrikanischen Sklaven waren seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die größte Bevölkerungsgruppe Belizes gewesen und hatten den Charakter des Landes weitgehend bestimmt. Aufgrund der Beziehungen zum britischen Empire und der Beherrschung des Englischen als Sprache der Verwaltung und des Bildungswesens war es ihnen allmählich gelungen, die Mehrheit der Positionen im öffentlichen Dienst zu besetzen. Darüber hinaus genossen sie allgemein einen höheren Status als die anderen Bevölkerungsgruppen und betrachteten sich den Bewohnern ihrer zentralamerikanischen Nachbarstaaten gegenüber häufig als "zivilisierter" (Moberg 1997: 10-14, 86f.; Sutherland 1998: 26f.). Wie die folgende Tabelle zeigt, hat sich die demographische Struktur Belizes seit den 1980er Jahren jedoch grundlegend verändert.

10 Die Gesamtbevölkerung Belizes lag zu diesem Zeitpunkt bei weniger als 190.000 Einwohnern.

Tabelle 1: Bevölkerung von Belize

	1980	%	1991	%
Creoles	57.700	39,7	56.439	29,8
Mestizen	48.100	33,1	82.575	43,6
Garifuna	11.050	7,7	12.500	6,6
Maya	13.850	9,5	21.022	11,1
Mennoniten	4.800	3,3	5.871	3,1
Inder	3.050	2,1	6.629	3,5
Andere	6.800	4,7	4.356	2,3
Gesamt	145.350	100,0	189.392	100,0

Quelle: Zensus (1980; 1991) nach Moberg (1997: 85).

Die Mestizen haben die Creoles als größte Bevölkerungsgruppe abgelöst. Zu Beginn der 1990er Jahre war jeder sechste Einwohner Belizes in Guatemala, El Salvador oder Honduras geboren (Moberg 1997: 84f.; Woods/Perry/Steagall 1997: 76-82). Vor diesem Hintergrund besteht unter Afroamerikanern die Befürchtung, in eine ähnlich marginalisierte Rolle gedrängt zu werden wie in den anderen zentralamerikanischen Staaten, wo rassistische Haltungen immer noch verbreitet sind. Zudem hat die Zuwanderung von Mestizen in den ländlichen Gebieten Belizes zu einem Absinken des Lohnniveaus und zur Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte geführt (Moberg 1997: 88-90, 166-170; Woods/Perry/Steagall 1997: 84).

Diese Bedingungen könnten in der Zukunft zu einer wachsenden Ethnisierung der Politik und zu einer Zuspitzung interethnischer Konflikte in Belize führen. Für eine solche Möglichkeit sprechen die gegen die Immigration von spanischsprachigen Mestizen gerichtete Rhetorik der *United Democratic Party* (UDP)¹¹ in Wahlkämpfen und Tendenzen zur Entwicklung einer gemeinsamen afroamerikanischen Identität von Creoles und Garifuna als politisches Gegengewicht zur wachsenden Mestizen-Bevölkerung (Moberg 1997: 14-17, 83, 87f.; Sutherland 1998: 82-85).

11 Die konservative UDP ist neben der sozialdemokratischen *People's United Party* (PUP), eine der beiden großen Parteien des Landes.

6. Fazit

Die Lokalbevölkerungen des karibischen Randsaums befinden sich in allen Ländern Zentralamerikas in einer schwierigen Situation. Für die indianischen Gruppen ist die Sicherung der Landrechte die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Die stärker urbanisierten Afroamerikaner leiden hingegen vor allem unter dem massiven Mangel an Arbeitsplätzen in den Städten. Zwar haben sich die Regierungen der zentralamerikanischen Staaten auf Druck der Internationalen Finanzinstitutionen in den letzten Jahren auf eine Politik der Verwaltungsdezentralisierung verpflichten lassen; es bleibt jedoch abzuwarten, ob dies zu einer Verbesserung der Lage der Bevölkerung führt. Skepsis ist angebracht, denn vielfach wurden den Gemeinden zwar neue Zuständigkeiten übertragen – dies war jedoch häufig nicht mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung verbunden.¹² Während im Falle der Afroamerikaner eine weitere Zunahme der Emigration zu erwarten ist, lässt sich bei vielen indianischen Gruppen eine wachsende ethnische Militanz feststellen.

12 Vgl. z.B. für Nicaragua González Pérez (1997: 411-419).

Tabelle 2

Creoles in Zentralamerika		
Belize	56.439	Zensus (1991)
Honduras	13.000	Grimes (2002); Schätzung (1998)
Nicaragua	30.000	Grimes (2002); Schätzung (1986)
	50.000	González (1997: 35); Schätzung (1991)
Costa Rica	55.100	(Grimes 2002, Schätzung 1986)
Panama	299.000	(Grimes 2002, Schätzung 1998)
Garifuna in Zentralamerika		
Belize	12.500	(Zensus 1991)
Guatemala	16.700	(Grimes 2002, Schätzung o.J.)
	30.240	(eigene Berechnung n. Zensus 1988)
Honduras	98.000	(Grimes 2002, Schätzung 1993)
Nicaragua	3.068	(González 1997:35, Schätzung 1991)
Miskitu in Zentralamerika		
Honduras	30.240	(eigene Berechnung n.Zensus 1988)
	29.000	(Grimes 2002, Schätzung 1993)
Nicaragua	70.122	(González 1997:35, Schätzung 1991)
	154.400	(Grimes 2002, Schätzung 1993)
nur RAAN	84.935	(Buvollen/Buvollen 1994:19, 1991)
Guaymie in Zentralamerika		
Costa Rica	5.000	(Grimes 2002, Schätzung 1998)
Panama	128.000	(Grimes 2002, Zensus 1990)
Kuna in Zentralamerika		
Panama	50-70.000	(Grimes 2002, Schätzung 1995)

Literaturverzeichnis

- Adams, Richard N. (1993): "Etnias y sociedades (1930-1979)". In: Pérez Brignoli, Héctor (Hrsg.): *Historia general de Centroamérica*, Bd. V. Madrid, S. 165-243.
- AID-JAPDEVA (1982): *Programa de asistencia para el mejoramiento de los barrios marginados de Limón*. O.O.
- Altenburg, Tilman (1988): "Die Erschließung der atlantischen Abdachung und die Guaymí-Indianer: Konflikte zwischen landwirtschaftlicher Kolonisation, Naturschutz und indianischer Autonomie in Bocas del Toro, Panama". In: Fiege, Karin/Ramallo, Luiz (Hrsg.): *Agrarkrisen. Fallstudien zur ländlichen Entwicklung in der Dritten Welt*. Saarbrücken/Fort Lauderdale, S. 237-259.
- Anaya, S. James (2000): *The Mayagna Indigenous Community of Awas Tingni and its Effort to gain Recognition of Traditional Lands: The Community's Case before the Human Rights Institutions of the Organization of American States*. Diskussionspapier zur Vorlage beim Kongress der Latin American Studies Association, Hyatt Regency Miami, 16.-18.03.2000.
- Associated Press (2005): *Belize Leader Threatens to take Border Dispute with Guatemala to U.N. Court*, 20.05.2005.
- Barricada Internacional* (1990): Wochenzeitung (Managua, Nicaragua), Ausgabe vom 8.9.1990.
- Bolland, Nigel O. (1977): *The Formation of a Colonial Society. Belize, from Conquest to Crown Colony*. Baltimore.
- Business News Americas* (2004): *Government Blocks Highway Plan through Darien Gap*, 29.11.2004.
- Buvollen, Hans Petter/Buvollen, Hai Almquist (1994): "Demografía de la RAAN". In: *Wani*, 15: 5-19.
- Buvollen, Hans Petter/Große, Robert (1994): "Die Mühen der Autonomie: Die Atlantikküste von Nicaragua". In: Dirmoser, Dietmar et al. (Hrsg.): *Lateinamerika – Analysen und Berichte*, Bd. 18. Unkel, S. 131-43.
- Carvajal, Guillermo/Driori, Israel (1987): "La diversidad étnico-cultural en la región atlántica y los problemas de integración socio-espacial al contexto regional costarricense". In: *Revista Geográfica*, 106: 19-67.
- Chacón Castro, Rubén/Cajiao Jiménez, María/Guevara Berger, Marcos (1999): *El estado y la recuperación de tierras en las reservas indígenas de Costa Rica (1977-1995)*. San José (Costa Rica).
- Conniff, Michael L. (1983): *Black Labor on a White Canal: West Indians in Panama, 1904-1980*. Albuquerque (NM).
- Floyd, Troy S. (1967): *The Anglo-Spanish Struggle for Mosquitia*. Albuquerque (NM).
- Gabbert, Wolfgang (1985): *Die Atlantikküste Nicaraguas – fehlende nationalstaatliche Integration, Erbe von Kolonialismus und Bereicherungsdictatur*. Kassel (Entwicklungsperspektiven, 15/16).
- (1990): "Das 'Königreich Mosquitia' – eine ethnohistorische Untersuchung zur politischen Organisation der Miskito, 1670-1821". In: *Wiener Ethnohistorische Blätter*, 35: 45-70.
- (1992): *Creoles – Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua*. Münster.

- (1999): “Cultural Cleavages in Central America: The Case of Afro-Americans and the National State in Costa Rica”. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, 27: 159-178.
- González Pérez, Miguel (1997): *Gobiernos pluriétnicos: La constitución de regiones autónomas en Nicaragua*. México D.F.
- Grigsby, William (2004): “Elecciones Municipales 2004 – Cifras para la valoración del triunfo del FSLN-Convergencia”. In: *Revista Envío*, 272 <<http://www.envio.org.ni/articulo/2656>>.
- Grimes, Barbara F. (2002): *Ethnologue: Languages of the World* (14. Aufl.) <<http://www.ethnologue.com>> (10.09.2006).
- Hale, Charles (1994): *Resistance and Contradiction. Miskitu Indians and the Nicaraguan State, 1894-1987*. Stanford.
- Herranz, Atanasio (1996): *Estado, sociedad y lenguaje. La política lingüística en Honduras*. Tegucigalpa.
- Hill, Carole E. (1994): “National and Cultural Influences on Economic Development, Political Decision Making, and Health Care Changes in the Rural Frontier of Costa Rica”. In: *Human Organization*, 53.4: 361-371.
- Howe, James (1998): *A People who would not kneel. Panama, the United States and the San Blas Kuna*. Washington/London.
- Jones, David W./Glean, Carlyle A. (1971): “The English-speaking Communities of Honduras and Nicaragua”. In: *Caribbean Quarterly*, 17.2: 50-61.
- Kepner, Charles David Jr. (1967): *Social Aspects of the Banana Industry*. New York (Nachdruck der 1. Aufl. 1936).
- La Nación* (1997): Tageszeitung (San José, Costa Rica), Ausgabe vom 28.08.1997.
- Lizcano Fernández, Francisco (2000): *Desarrollo socioeconómico de América Central en la segunda mitad del siglo XX*. Toluca.
- Meschkat, Klaus (1987): “Anmerkungen und Dokumente zum Autonomieprojekt für die Atlantikküste Nicaraguas”. In: Meschkat, Klaus et al. (Hrsg.): *Mosquitia – die andere Hälfte Nicaraguas: Über Geschichte und Gegenwart der Atlantikküste*. Hamburg, S. 277-303.
- Moberg, Mark (1997): *Myths of Ethnicity and Nation. Immigration, Work, and Identity in the Belize Banana Industry*. Knoxville.
- Murillo Chaverri, Carmen (1988): “Costa atlántica costarricense: cultura y dinámica regional”. In: *Estudios Sociales Centroamericanos*, 48: 93-114.
- Newton, Velma (1984): *The Silver Men: West Indian Labour Migration to Panamá, 1850-1914*. Mona.
- Oertzen, Eleonore von (1987): “Indianer am Rande des Britischen Empire. Kolonialismus in der Mosquitia 1635-1860”. In: Meschkat, Klaus et al. (Hrsg.): *Mosquitia – die andere Hälfte Nicaraguas: Über Geschichte und Gegenwart der Atlantikküste*. Hamburg, S. 25-63.
- Olien, Michael D. (1977): “The Adaptation of West Indian Blacks to North American and Hispanic Culture in Costa Rica”. In: Pescatello, Ann M. (Hrsg.): *Old Roots in New Lands*. Westport, S. 132-155.
- Roberts, George W. (1957): *The Population of Jamaica*. Cambridge.

- Sandner, Gerhard (1985): *Zentralamerika und der ferne Karibische Westen: Konjunkturen, Krisen und Konflikte, 1503-1984*. Stuttgart.
- Solien González, Nancie (1988): *Sojourners of the Caribbean. Ethnogenesis and Ethnohistory of the Garifuna*. Urbana/Chicago.
- Sutherland, Anne (1998): *The Making of Belize. Globalization in the Margins*. Westport.
- Thomas-Hope, Elizabeth M. (1978): "The Establishment of a Migration Tradition: British West Indian Movements to the Hispanic Caribbean in the Century after Emancipation". In: Clarke, Colin G. (Hrsg.): *Caribbean Social Relations*. Liverpool, S. 66-81.
- Vilas, Carlos (1992): *Estado, clase y etnicidad: La Costa Atlántica de Nicaragua*. México D.F.
- Wali, Alaka (1995): "La política de desarrollo y las relaciones entre región y estado: El caso del oriente de Panamá, 1972-1990". In: *Mesoamérica*, 29: 125-158.
- Wani (1998): 23.
- Woods, Louis A./Perry, Joseph M./Steagall, Jeffrey W. (1997): "The Composition and Distribution of Ethnic Groups in Belize: Immigration and Emigration Patterns, 1980-1991". In: *Latin American Research Review*, 32.3: 63-88.